

Karl Aiginger

Übergangsbilanz: Benchmarking Österreich 2006

1. Motivation, Aufbau, Benchmarks¹⁾

Die Beurteilung der Wirtschaftspolitik in einer kurzen Zeitspanne – und sechs Jahre sind historisch eine sehr kurze Periode – steht vor mehreren Problemen. Erstens haben wirtschaftspolitische Maßnahmen einen Wirkungslag: Sie beeinflussen oft nicht nur das laufende oder das folgende Jahr, sondern wirken sich erst später aus (wie z.B. Forschungsausgaben). Zweitens können Probleme der Vergangenheit in die Periode hineinwirken, besonders versäumte Reformen und Aktivitäten können zu fehlender Wettbewerbskraft oder zu hohen Kosten führen. Drittens haben Strukturreformen oft hohe Anfangskosten, weil bestehende Rechte gewahrt werden müssen. Und nicht zuletzt sind Veränderungen leicht, wenn die nationale und internationale Konjunktur boomt.

Für manche der genannten Schwierigkeiten gibt es auch einen Lösungsansatz: Die Wirkungsverzögerung kann berücksichtigt werden, indem man die Periode, in der die Maßnahmen gesetzt werden, und jene, für die der Erfolg beurteilt wird, auseinander hält. Altlasten und Vorleistungen können durch Verlängerung der Analyse mitberücksichtigt werden, das Umfeld kann durch internationale Vergleiche einbezogen werden; doch die Komplexität der Analyse steigt. Und letztlich ist der Abstand zur Periode zu kurz um eine Bewertung vorzunehmen.

Möglich ist hingegen, die österreichische Wirtschaft im Jahr 2000 und 2006, sowie die Dynamik zwischen diesen Eckjahren, nach den häufigstverwendeten Indikatoren einem internationalen Vergleich zu unterziehen. Selbst dieses "Benchmarking" ist nicht leicht und enthält mehrere "Freiheitsgrade". Bei den Ländern mit denen wir Österreich vergleichen, wählen wir primär die "alten Mitgliedsländer" und nennen sie EU 15. Ein Vergleich mit der EU-25 wäre möglich, mit der Welt, mit den Industrieländern, mit dem Euro-Raum, mit den Haupthandelspartnern (Deutschland, Italien, Schweiz). Auch das Instrument des internationalen Vergleiches hat Nachteile, da das Umfeld, die Fakten und auch internationale Daten oft eingeschränkt vergleichbar sind, und Daten in manchen Bereichen

¹⁾Der Autor dankt Alois Guger, Hannes Leo, Markus Marterbauer, Peter Szopo, Gunther Tichy und Ewald Walterskirchen für die kritische Durchsicht und Dagmar Guttmann für die wissenschaftliche Assistenz.

nicht aktuell verfügbar sind. Jedenfalls erlaubt ein Vergleich noch keine Bewertung, bessere Ergebnisse können durch Zufälle zustande kommen, schwerwiegende Probleme können an den gewählten Indikatoren noch nicht erkennbar sein. Aber ein Vergleich von Indikatoren, sollte beitragen können die spätere Bewertung zu erleichtern und vorläufige Schlüsse zu objektivieren. Vor allem ist er auch nötig, um die zukünftige Wirtschaftspolitik zu planen. Eine Zukunftsstrategie muss auf dem vorläufigen Befund aufbauen.

Wir beurteilen die Entwicklung Österreichs 2000 bis 2006 primär nach drei Kriterien: erstens nach der wirtschaftlichen Dynamik, zweitens hinsichtlich Beschäftigung und Arbeitslosigkeit und drittens analysieren wir die Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit.²⁾ Der Entwicklung der Steuern, der Staatsausgaben und des Budgetdefizits wird Aufmerksamkeit gewidmet, weil die Finanzpolitik zum wirtschaftlichen Erfolg beitragen kann, wie auch von diesem wieder beeinflusst wird. Defizite beschränken den zukünftigen Handlungsspielraum, eine zukunftsorientierte Ausgabenstruktur und ein beschäftigungsfreundliches Steuersystem kann ihn erweitern. Eine antizyklische Budgetpolitik kann die Wirtschaft stabilisieren und ein höheres Durchschnittswachstum erbringen. Für Schlussfolgerungen im Verteilungsbereich und bei der Armut fehlen oft Daten in der notwendigen Tiefe und am aktuellen Rand (Daten sind teilweise bis 2003, manchmal für 2004 und selten für 2005 verfügbar). Eine Ausdehnung der Analyse zurück bis zumindest 1990 verdeutlicht die Trends, kann aber nur mehr beschränkt zu einer Bewertung der Periode seit 2000 beitragen. Umwelt- und Energiefragen, Genderfragen und Basisfinanzierung sind unberechtigtweise ausgeklammert.

2. Europa: Wachstumsschwäche und stärkere Differenzierung

Die europäische Wirtschaft konnte seit Beginn des Integrationsprozesses einen erheblichen Teil des Produktivitätsvorsprungs der USA aufholen und ist bis in die neunziger Jahre rascher gewachsen als die USA. Seit etwa 15 Jahren liegt das Wachstum allerdings in Europa niedriger, sowohl im Vergleich mit den vergangenen Erfahrungen wie auch in Relation zu den USA. Die Arbeitslosenrate liegt nun höher als in den USA, die Erwerbsquote niedriger. Das Jahr 2000 brachte dann mit beinahe 3,9% ein relativ hohes Wachstum für die EU 15, die folgenden Jahre waren jedoch wieder enttäuschend. Dies insbesondere angesichts eines beginnenden Booms der Weltwirtschaft und eines starken Wachstums der neuen Mitglieder ab 2004. Erst 2006 konnte wieder ein Wachstum von 2,7% (EU 15) erreicht werden. Dennoch konnte die Arbeitslosenrate besonders zwischen 1994 und 2000 und dann noch ganz leicht zwischen 2000 und 2006 reduziert werden, indem ein arbeitsintensiver Wachstumspfad (mit geringer Produktivitätssteigerung und steigender Teilzeitarbeit) gewählt wurde.

Die Entwicklung nach Ländern wurde in den letzten zehn Jahren unterschiedlicher. Die skandinavischen Länder wuchsen rascher (Dänemark, Schweden und Finnland),

²⁾ Aspekte der Umweltqualität, der Energieeffizienz oder des Finanzmarktes sind ausgeklammert.

Großbritannien konnte – nach einer langen Schwächephase und dem Verlust seines gesamten Einkommensvorsprunges gegenüber Kontinentaleuropa – wieder höhere Wachstumsraten und niedrigere Arbeitslosigkeit erreichen. Irland und die südlichen europäischen Länder setzten ihren Aufholprozess fort. Die Schwäche Europas war durch die drei großen kontinentalen Länder (Deutschland, Frankreich, Italien) geprägt. Die Budget- und die Lissabonziele wurden besonders in diesen Ländern verfehlt und die Arbeitslosigkeit überstieg die 10 Prozentmarke.

3. Wachstum und Einkommensdynamik

Das wirtschaftliche Wachstum Österreichs lag im Schnitt der Jahre 2000 bis 2006 exakt gleich hoch wie in der EU 15 (1,7%) und etwas höher als im Euro-Raum (in dem die schneller wachsende englische, dänische und schwedische Wirtschaft nicht vertreten sind).

Dieser Vergleich kann in mehrfacher Hinsicht relativiert werden:

- Das gleich hohe Wachstum steht im Gegensatz zu den Erfahrungen eines früheren österreichischen Wachstumsdifferentials. Zwischen 1970 und 2000 war die österreichische Wirtschaft rascher gewachsen als die EU 15 (und zwar um 0,3% p. a.). Der Wachstumsvorsprung³⁾ hatte Österreich in die Spitzengruppe der Pro-Kopf-Einkommen Europas⁴⁾ gebracht. Allerdings ist die Ausweitung oder auch das Halten eines Einkommensvorsprunges von 10% gegenüber der EU 15 und 20% gegenüber der EU-25 in einer integrierten Wirtschaft schwierig.
- Das Wachstum liegt in dieser Periode in Österreich fast doppelt so hoch wie jenes in Deutschland, Italien und in der Schweiz, unseren drei wichtigsten westlichen Handelspartnern. Allerdings ist das Wachstum bei den östlichen Handelspartnern auch gerade in dieser Periode sehr hoch gewesen, wovon Österreich durch seine geografische Lage begünstigt war.
- Die verfügbaren Einkommen real (netto) stiegen in der Periode 2000 bis 2006 mit 0,2% pro Jahr deutlich geringer als die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung. Allerdings war dieselbe Kennzahl in der ersten Hälfte der neunziger Jahre noch weniger gestiegen, in der zweiten Hälfte sogar negativ. In den gesamten neunziger Jahren zusammen stagnierten die Realeinkommen (netto real) in Österreich.⁵⁾

Interessant ist das Zeitmuster. Geringer war das Wachstum Österreichs verglichen mit der EU 15 im Jahr 2001 und 2002, dann war es 2003 gleich hoch und seither liegt es drei Jahre – in denen schon Daten vorhanden sind – und in der Prognose 2007 und 2008 wieder darüber.

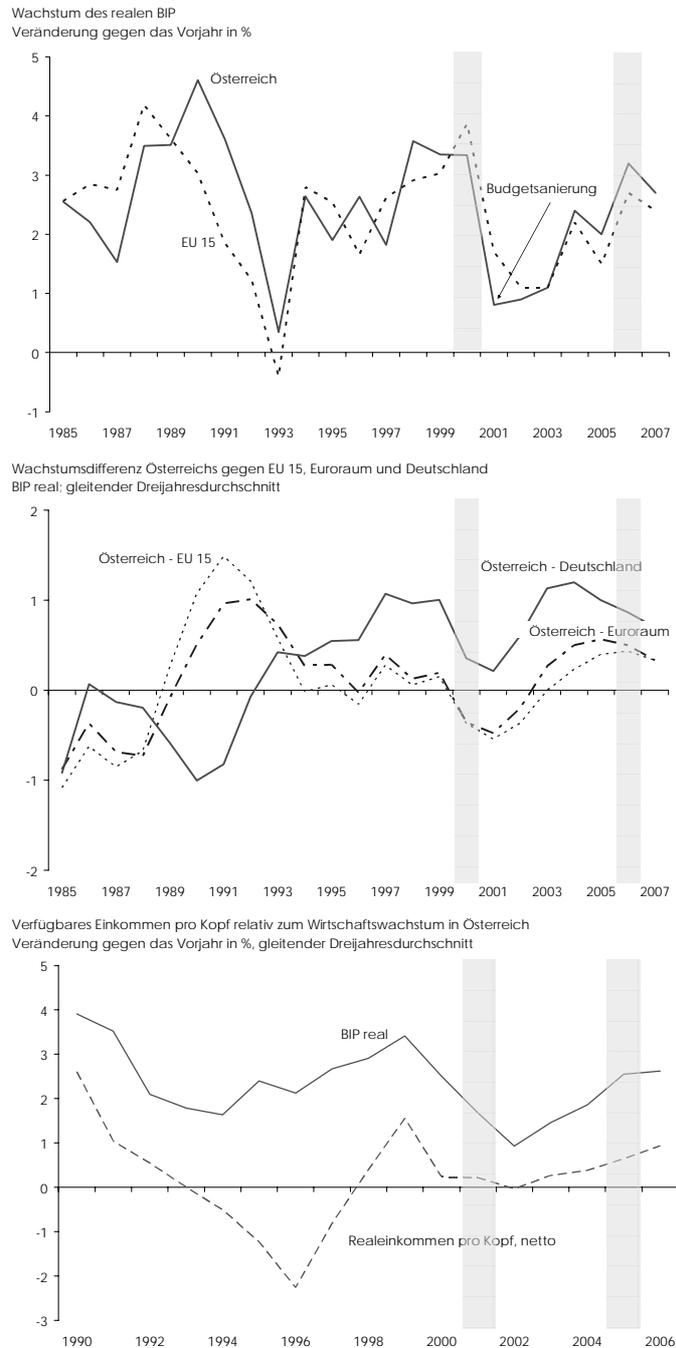
³⁾ Der Vorsprung war allerdings auch nicht in allen Perioden gleich gewesen, in den achtziger Jahren lag das Wachstum in Österreich um 0,2% unter dem der EU 15.

⁴⁾ Stelle 3; Österreich 25.240€/Kopf vgl. mit der EU 15 22.060€/Kopf im Jahr 2000.

⁵⁾ Real netto pro Beschäftigten: 1990/95 +0,2%, 1995/2000 -0,2%, 2000/05 +0,2%.

Gegenüber dem Euro-Raum war das Wachstum in Österreich überhaupt nur 2001 geringer. Der Wachstumsvorsprung kumuliert über 2003 bis 2006 (vier Jahre, für die einigermaßen harte Daten vorliegen) summiert sich immerhin auf 2%.

Abbildung 1: Dynamik der Gesamtwirtschaft, Wachstumsdifferential und Einkommen



Q: WIFO; Eurostat (AMECO).

Das Wachstumsergebnis ist zusammenfassend beachtlich verglichen mit den westlichen Partnern und angesichts des Einkommensvorsprunges. Der Einkommensvorsprung vor der EU 15 konnte allerdings auch nicht ausgeweitet werden. Das Wachstum in Österreich wurde sicher unterstützt durch die Dynamik der neuen Mitgliedsländer. Ein Wermutstropfen ist, dass die Konsumenteneinkommen nicht parallel zur Wirtschaftsleistung steigen. Allerdings sind Nettoeinkommen (inflationsbereinigt) leicht gestiegen, im Gegensatz zu den fünf Jahren davor und dem Durchschnitt der neunziger Jahre.

4. Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Kritischer fällt die Analyse der Beschäftigung aus. Die Beschäftigung stieg im Durchschnitt 2000 bis 2006 um 0,6% pro Jahr, im Durchschnitt der EU 15 bzw. des Euro-Raumes war der Anstieg ein ganzer Prozentpunkt⁶⁾. Wieder war der geringere Anstieg der Beschäftigung in Österreich schon in den zweiten Hälfte der neunziger Jahre zu sehen (Österreich: + 1%, EU 15 + 1,8%). Die negative Differenz zum EU-Schnitt war 2000 und 2001 am größten, sie wurde dann von Jahr zu Jahr kleiner, 2006 ist der Anstieg der Beschäftigung in Österreich marginal größer. Beschäftigungsdaten sind heute durch den steigenden Anstieg der Teilzeitarbeit schwieriger zu interpretieren. Der Trend zu vermehrter Teilzeitbeschäftigung hat in vielen Ländern schon in den neunziger Jahren begonnen, in Österreich stieg sie erst den letzten Jahren. Zunächst scheinen Vollzeitarbeitsplätze reduziert worden zu sein, 2006 und 2007 stiegen Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung.⁷⁾

Die Beschäftigungsquote liegt in Österreich mit 60% höher als im EU-Durchschnitt, wo sie bei 57% liegt. Sie ist in Österreich seit 2000 leicht zurückgegangen, in der EU 15 gestiegen.⁸⁾ Ähnliche Tendenzen zeigen sich bei der Erwerbsquote, die auch die Selbständigen mit einbezieht.

Die Arbeitslosenquote ist in Österreich spiegelverkehrt niedriger, doch auch hier verringert sich der Abstand zwischen der EU und Österreich. Nach der EU-Zählung lag die Arbeitslosenquote

⁶⁾ Die Beschäftigung kann durch Veränderungen der Arbeitszeit beeinflusst sein z. B. dem zunehmenden Anteil der Teilzeitbeschäftigung. In der Beschäftigung zu Vollzeitäquivalent, die versucht, diesen Fehler auszuschalten, liegt die Beschäftigungssteigerung 2000 bis 2006 in Österreich und in der EU 15 gleich mit 0,6% Steigerung p. a. Diese Werte nach EU Employment Report würden allerdings bedeuten, dass der Teilzeitanteil in Österreich nicht steigt.

⁷⁾ Die Teilzeitbeschäftigung stieg in Österreich von 12,6% 1996 auf 16,4% 2000 und ist heute mit 22,6% höher als im EU 15-Schnitt. Der Anteil der flexiblen Arbeitsverhältnisse insgesamt (Teilzeit plus befristete Verhältnisse) ist in Österreich (29,8%) noch immer niedriger als im EU 15-Schnitt (32,8%) und in den skandinavischen Ländern (Durchschnitt Dänemark/Finnland/Schweden 34,6%).

⁸⁾ Laut Eurostat Strukturindikatoren ist die Beschäftigungsquote praktisch gleich geblieben (68,6% bzw. 68,5%). Nach dieser Quelle ist die Beschäftigungsquote der EU 15 von 63,4% auf 65,2% 2005 gestiegen.

2000 bei 3,6% und 2006 bei 4,9%. Im Schnitt der EU 15 ist die Arbeitslosenquote auf höherem Niveau beginnend leicht rückläufig (von 7,7% im Jahr 2000 auf 7,5%).⁹⁾

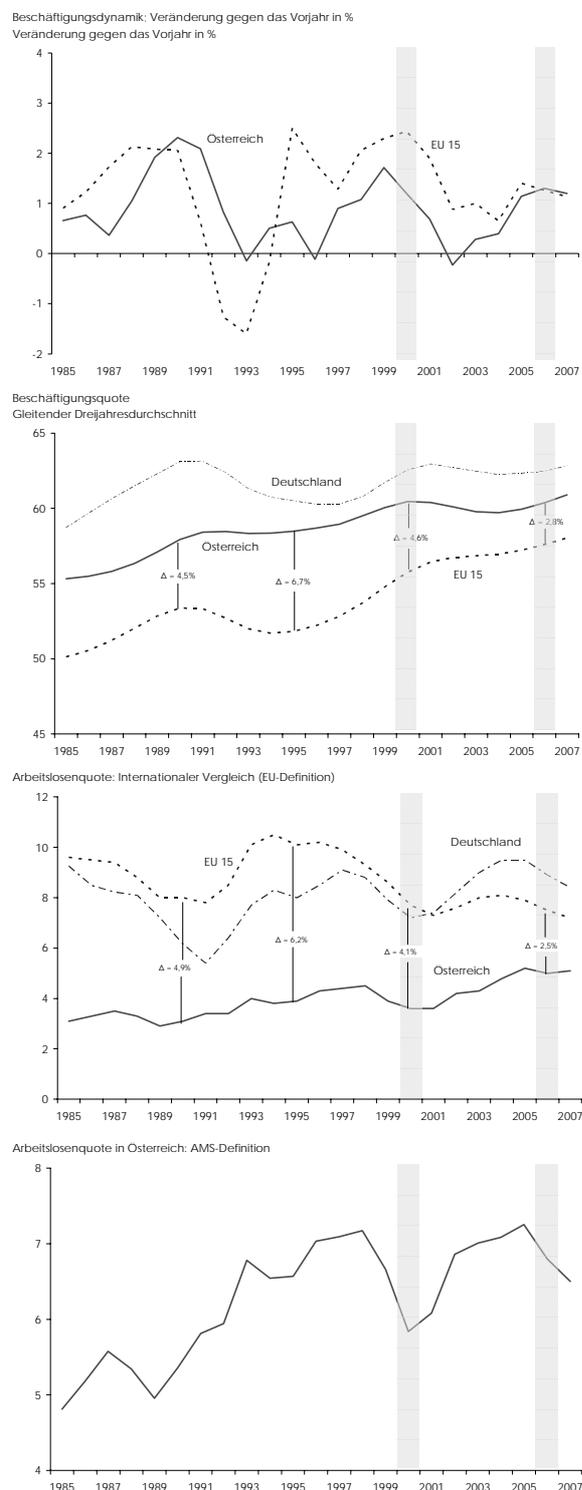
Diese Annäherung der Quoten kann im Prinzip auf drei Faktoren zurückgeführt werden: erstens resultiert sie aus dem Verlust des Wachstumsvorsprunges Österreichs, zweitens aus der Nutzung von Produktivitätsreserven etwa im öffentlichen Sektor, in den früher verstaatlichten Industrien und in Infrastrukturbetrieben und drittens in der stärkeren Dynamik des Beschäftigungsangebotes. In der Periode 2000 bis 2006 stieg das Arbeitsangebot in Österreich um 150.000 Personen (mit steigender Tendenz in den letzten Jahren). Die Quellen des höheren Angebotes waren steigende Erwerbsbeteiligung von Frauen und älteren Personen (u. a. durch Verringerung der Frühpensionen), erleichterter Zugang zum Arbeitsmarkt für niedergelassene Familienangehörige, steigendes Angebot aus alten und letztlich auch neuen EU-Mitgliedsländern und Drittländern.

Die Arbeitslosenquote nach nationaler Messung liegt mit 6,8% (2006; 239.000 Personen) noch höher als nach der EU-Messung (4,9%). Das liegt einerseits daran, dass mehr Personengruppen (registrierte Arbeitslose mit Einstellungszusage und temporär verringerter Verfügbarkeit sowie mit geringfügiger Beschäftigung) als arbeitslos gezählt werden, andererseits der Nenner kleiner ist (Selbständige und geringfügig Beschäftigte werden nicht berücksichtigt). Der bisherige Höchstwert lag 1998 bei 7,2%, 2000 lag der nationale Wert bei 5,8% (194.000 Personen). Nach der weitesten Definition von Arbeitslosigkeit, die auch entmutigte und marginalisierte sowie teilzeitarbeitslose Personen mitberücksichtigt, kann man von einer erweiterten Arbeitslosenquote von 9% sprechen (*Bock – Schappelwein, 2005*).¹⁰⁾

⁹⁾ Die Differenz hat sich damit von 6 Prozentpunkten auf weniger als 3% halbiert (die größte Differenz war 1994 gewesen, die Verringerung des Vorsprungs war 1994 bis 2000 mit 2,6 Prozentpunkten größer als 2000 bis 2006 mit 1,3 Prozentpunkten).

¹⁰⁾ Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen ist in Österreich zwar niedrig, aber steigend. Besonders hoch ist das unausgeschöpfte Arbeitspotential bei älteren Arbeitskräften: Die Beschäftigungsquote bei den über 55-Jährigen liegt in Österreich bei 32% (1995 30%; das Lissabonziel lautet für 2010 50%). Die Arbeitslosenquote von Frauen ist je nach nationaler oder internationaler Statistik höher oder niedriger als bei Männern (lt. nationaler Rechnung niedriger, lt. internationaler höher), das Lissabonziel für Frauenbeschäftigung ist 60%, derzeit liegt Österreich mit 62% bereits darüber.

Abbildung 2: Beschäftigung und Arbeitslosigkeit



Anmerkung: EU-Definition lt. Eurostat (Labour Force Survey); AMS-Definition: Arbeitslose lt. AMS in % der unselfst. Erwerbspersonen. – Q: WIFO; Eurostat (AMECO).

5. Wettbewerbsfähigkeit und Zukunft

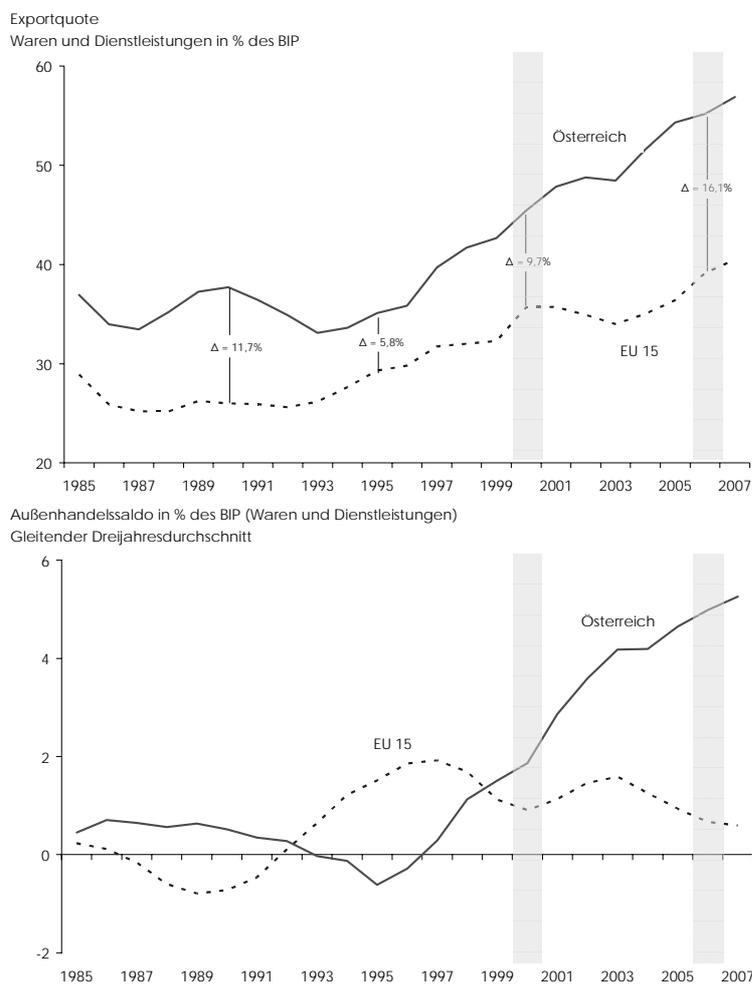
Die Wettbewerbsfähigkeit Österreich ist seit 2000 gestiegen. Die Arbeitskosten der Industrie in internationaler Währung liegen 2006 um 5,7 Prozentpunkte günstiger als 2000. Die Exporte von Waren und Dienstleistungen sind um 48% gestiegen verglichen mit einem Importwachstum von 39%. Die Handelsbilanz ist praktisch ausgeglichen, inkl. Dienstleistungsbilanz erreicht Österreich heute einen Exportüberschuss von 4,9% des BIP (2000 1,4%). Die Besteuerung von Unternehmen, insbesondere von Kapitalgesellschaften ist heute – inklusive Gruppenbesteuerung – günstiger als in anderen Ländern. Die Direktinvestitionen österreichischer Firmen im Ausland sind nun gleich hoch wie jene ausländischer Firmen in Österreich. Qualitative Verbesserungen zeigen sich auch im Wert der Exporte (Unit Value) und dem Ausgleich der Handelsbilanz bei technologiegestützten Industrien.¹¹⁾

Dennoch basieren die Wettbewerbsvorteile eher auf preislichen Vorteilen (Kosten) als auf jenen Faktoren, die für die internationale Konkurrenzfähigkeit eines Hochlohnlandes wichtig sind. Die Qualifikationsvorteile Österreichs, die lange unsere Konkurrenzfähigkeit unterstützt haben, werden geringer. Die Zahl der Lehrlinge sinkt, fehlende Techniker und die generell zu geringe Anzahl an Arbeitskräften mit Tertiärausbildung werden zu einem immer gravierenderen Problem, wenn in den Nachbarländern Wirtschaftszweige mit mittleren Qualifikationen konkurrenzfähiger werden. Auch dieses Problem kommt nicht plötzlich, aber es wird bedeutender. Im Universitätsbereich wurden Reformen in die Wege geleitet (Autonomie, Leistungsvereinbarungen, Rechtsfähigkeit), allerdings wurden die Hochschulen nicht mit wesentlich höheren Mitteln ausgestattet.

Der erfolgreichste Teil der wirtschaftspolitischen Strategie war die Forcierung von Innovation und Forschung. Die Forschungsquote relativ zum BIP stieg von 1,91% (2000) auf 2,35% (2005). 1990 hatte die Forschungsquote noch 1,35% des BIP betragen, seit 2001 liegt sie über dem EU-Schnitt. Auch bei einem breiteren Ranking von Innovationsindikatoren liegt Österreich nunmehr im oberen Drittel der EU-Länder. In der Forschungsorganisation gibt es noch erhebliche Mängel und Doppelgleisigkeiten. Aber Institutionen wurden zusammengefasst, Schwerpunkte durch den Forschungsrat gesetzt. Die Forcierung der Effizienz, die Fokussierung und die immer dringlichere Umschichtung zu High-Tech-Anteilen sind noch fällig.

¹¹⁾ Der Ausgleich der Handelsbilanz gelang bei den technologieintensiven Industrien, nicht bei den enger definierten Hochtechnologiebranchen. In der ersten Definition ist die Autozulieferindustrie enthalten, in der Hochtechnologie-definition der OECD sind nur fünf Industrien zusammengefasst (Luft- und Raumfahrzeugbau; pharmazeutische Erzeugnisse; Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und Computer; Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik; Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik).

Abbildung 3: Wettbewerbsfähigkeit



Q: WIFO; Eurostat (AMECO).

6. Verteilung und Armut

Die Verteilung verschob sich von 2000 bis 2006 zulasten der Löhne. Die Lohnquote betrug 2000 70,4% und sank bis 2006 auf 66,3%. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, dass die Lohnquote schon seit 1978 rückläufig ist. In diesem Jahr hatte sie mit 78,4% ihren Höhepunkt. Der Wert von 2006 ist praktisch gleich hoch wie 1970. Dieselbe mittelfristige Entwicklung zunächst steigender Lohnquoten bis etwa 1980 und dann fallender Lohnquoten ist auch in Deutschland zu beobachten und – etwas abgeschwächt durch unterschiedlichen Verlauf in den Mitgliedsländern – auch in Gesamteuropa. Der Rückgang zwischen 2000 und 2006 war in Deutschland noch stärker, in der EU schwächer als in Österreich. Das Niveau der Lohnquote

2006 ist praktisch in allen drei Regionen dasselbe (zwischen 65,7% in Deutschland, 66,3% in der EU 15 und Österreich in der Mitte).¹²⁾

Die Verteilung innerhalb der Beschäftigten ist nach Sozialversicherungs- und nach Lohnsteuerstatistik verfügbar. Die Verteilung der Bruttolöhne nach Personen (individuelle Einkommensbezieher) wird gemessen am Gini-Koeffizienten ungleicher, und zwar primär zwischen 1990 und 2000.¹³⁾ Die zunehmende Teilzeitbeschäftigung bestimmt den mittelfristigen Trend mit. Die Verteilung der Nettolöhne ist durch den Effekt der Steuern und der Transfers weniger ungleich, und auch hier ist ab 2000 keine Beschleunigung erkennbar.

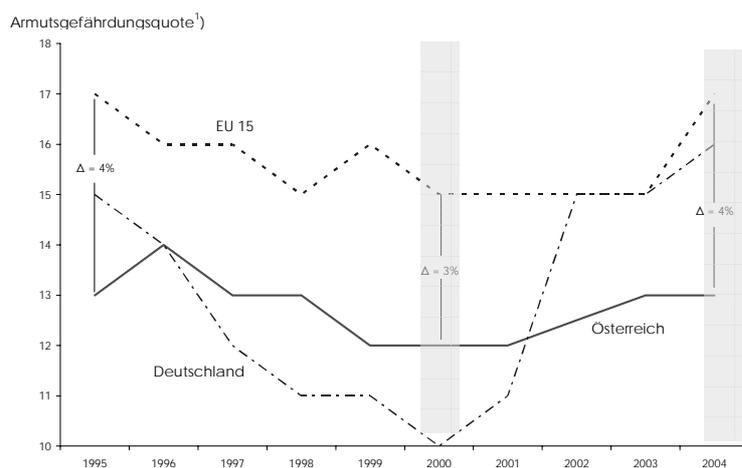
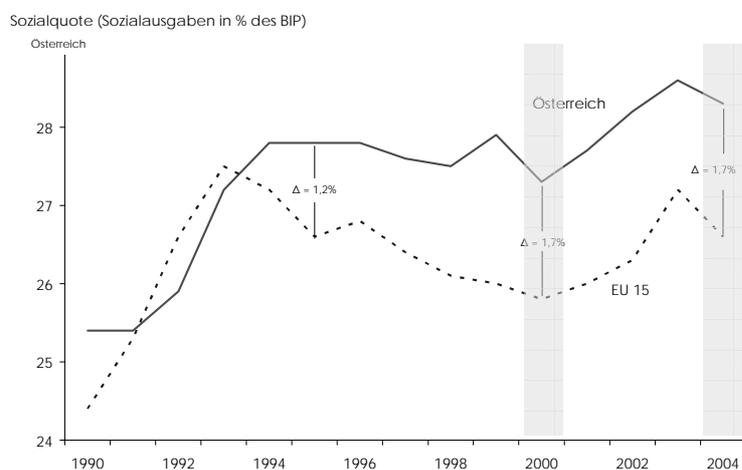
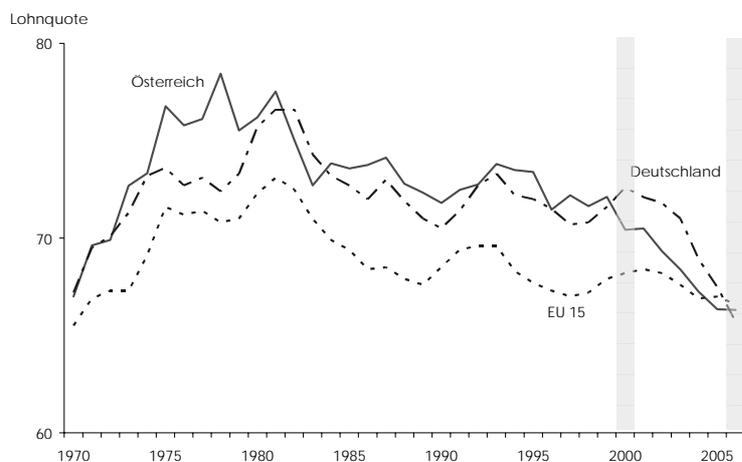
Keine Vergrößerung der Verteilungsunterschiede sieht man nach Haushalten, die Daten liegen hier nur bis 2003 vor und zeigen zwischen 1990 und 2000 eine eher konstante Verteilung, vielleicht sogar mit einer geringfügigen Verringerung der Diskrepanz.¹⁴⁾ Der Unterschied zwischen der Verteilung nach Einkommensbeziehern und Haushaltsdaten ergibt sich daraus, dass jetzt mehr Personen je Haushalt verdienen u. a. weil Teilzeitbeschäftigung und befristete Arbeitsverhältnisse häufiger geworden sind. Die Erhöhung der Zahl der Einkommensbezieher pro Haushalt spiegelt die Ausdehnung der Erwerbsarbeit auf Frauen und Jugendliche wieder. Sie kann eine bewusste Wahl und eine zusätzliche Chance zur Erweiterung des Haushaltseinkommens widerspiegeln oder den wirtschaftlichen Druck zur Ergänzung des Haushaltseinkommens. Ähnlich offen ist die Frage, ob der steigende Anteil der befristeten und der Teilzeitarbeitsplätze eine zusätzliche Wahlfreiheit entsprechend der Präferenzen bedeutet oder durch unerwünschte Umstände und fehlende Vollzeitjobs erzwungen wird. Umfragen zeigen, dass etwa 10% der Teilzeitbeschäftigten einen Teilzeitjob ausüben, weil sie keinen Vollzeitarbeitsplatz bekommen, hinzukommen weitere 40%, die Teilzeit (nur) auf Grund der gegebenen Erziehungs- oder Betreuungsverpflichtung wählen.

¹²⁾ Bei der bereinigten Lohnquote werden die Löhne mit der Entwicklung der Beschäftigung korrigiert, auch hier sinkt die Lohnquote seit 1980. Und wieder ist der Rückgang seit 2000 in Deutschland am stärksten, in der EU schwächer und in Österreich liegt er dazwischen.

¹³⁾ Zwischen 2000 und 2003 ist die personelle Verteilung praktisch konstant (*Guger – Marterbauer*, 2005, S. 618). Erste Daten für 2005 (*Guger*) zeigen wieder einen geringen Anstieg der Ungleichgewichtskoeffizienten.

¹⁴⁾ Die Verteilung der Netto-Pro-Kopf-Einkommen blieb in den achtziger Jahren weitgehend unverändert und wurde in den neunziger Jahren deutlich egalitärer (*Guger – Marterbauer*, 2004, S. 38).

Abbildung 4: Verteilung, Sozialquote, Armut



1) Personen in Haushalten, die bereinigt um Personenzahl unter 60% des mittleren Einkommens (Median) aufweisen. – Q: WIFO; Eurostat (AMECO, ESSOSS).

Die Armutsquote ist weitgehend stabil. Definiert man Armut – wie es international üblich ist – mit dem Anteil der Personen, die in Haushalten leben, deren Einkommen bei 60% des Medianeinkommens¹⁵⁾ liegt, dann waren 1996 14% armutsgefährdet, 2000 und 2005 sind es 12%.¹⁶⁾ Von den Mitgliedern der EU 15 liegt die Gefährdungsquote nur in den Niederlanden und Schweden 2005 etwas niedriger und in Dänemark und Finnland etwa in der Höhe von Österreich.¹⁷⁾ Alle diese Werte sind für ein reiches Land hoch, sie sind relativ zur Vergangenheit und zu anderen Ländern aber nicht schlechter, sondern eher besser. Fallzahlen bei Hilfsorganisationen und Sozialhilfefälle deuten allerdings an, dass das unterste Segment – die „ganz Armen“ – im Steigen sein dürfte, ebenso wie Statistiken zeigen, dass sich das kleine oberste Segment der „ganz Reichen“ vergrößert hat. Beide Tendenzen sind nicht auf Österreich, nicht auf die Periode seit 2000 beschränkt. Allerdings wurde der Bekämpfung dieser Tendenzen auch keine besondere Priorität gegeben.

Die Sozialquote (Anteil der Sozialausgaben am BIP) ist in Österreich zwischen 2000 und 2004 von 27,3% auf 28,3% gestiegen. Die Sozialquote liegt damit um 2 Prozentpunkte über dem EU-Schnitt, der Unterschied ist in diesen vier Jahren gleich geblieben. Die Schere zugunsten Österreichs zeigt sich seit 1993. Bis 1993 lag die Sozialquote im europäischen Schnitt (genauer gesagt 1990 und 1993 sogar leicht darunter). Alle vier Komponenten der Sozialquote liegen in Österreich 2004 höher als 2000, wobei Gesundheits- und Pensionskosten geringer gestiegen sind, Familien und Kinderförderung und die Ausgaben zur Bekämpfung bzw. Finanzierung der Arbeitslosigkeit sind stärker gestiegen.

7. Steuern, Defizite, Staatsquote

Der Staatssektor ist gemessen an der Steuer- und Abgabenquote (kurz „Steuerquote“) wie auch am Anteil der Ausgaben der öffentlichen Hand am Bruttoinlandsprodukt („Staatsausgabenquote“) etwas größer als im EU-Durchschnitt.

Die Steuerquote lag 2000 mit 49,8% (des BIP) um fast vier Prozentpunkte höher als in der EU 15 und im Euro-Raum, obwohl sie gerade durch eine Steuerreform von ihrem hohen Wert von 51,4% (1996) gesenkt worden war.¹⁸⁾ Diese Steuerquote war die vierthöchste in Europa. Sie steigt dann durch die Budgetsanierung 2000/01 um einen Prozentpunkt, um dann Jahr für Jahr auf 47,6% im Jahr 2006 zurückzugehen.¹⁹⁾

¹⁵⁾ Genauer wird für den Haushalt ein Äquivalenzeinkommen errechnet, nach der Zahl der Personen im Haushalt, dann wird berechnet, ob die 60% des nationalen Einkommens nach Steuer und Transfer erreicht sind, und dann die Personen berechnet, die in Haushalten leben, die diesen Schnitt nicht erreichen.

¹⁶⁾ Durch Brüche und Änderungen besteht ein Sicherheitsintervall von +/-2,5%.

¹⁷⁾ Gleichzeitig ist die Zahl der Haushalte mit Migrationshintergrund deutlich höher als die Haushalte ohne Migrationshintergrund. Ähnliche Werte dürften auch für die manifeste Armut und für die Armutslücke gelten.

¹⁸⁾ Historisches Hoch war 1993 mit 52,5%.

¹⁹⁾ Sie sank auch in der EU 15 auf 45,3% (2006), Österreich liegt 2006 an 5. Stelle der 15 EU-Länder.

Abbildung 5: Steuern, Ausgaben, Defizit und Verschuldung



Q: WIFO; Eurostat (AMECO).

Die Staatsausgaben lagen im Jahr 2000 mit 51,4% um mehr als 6 Prozentpunkte über dem Durchschnitt der EU 15. Sie waren 1995 sogar bei 56% gelegen. Bis 2006 wurden sie dann auf 48,9% zurückgeführt (das ist die fünfthöchste Position, aber nur noch um 1,7 Prozentpunkte höher als in der EU 15).

Das Budgetdefizit der öffentlichen Hand (Bund, Länder, Gemeinden, Sozialversicherungen) betrug 1999 2,3% und 2000 1,6%. Das Defizit 2000 war teilweise schon durch Einsparungen durch die beginnende Sanierungsstrategie im Jahr 2000 beeinflusst. 2000 war auch das letzte gute Konjunkturjahr, die EU erzielte – ebenso wie Deutschland – in diesem Jahr einen Budgetüberschuss. Nur in Griechenland und Portugal lag das Defizit höher als in Österreich. Das Defizit wurde in einem Jahr eliminiert – zu zwei Drittel ausgabenseitig, zu einem Drittel einnahmenseitig – wobei es auch Bewertungen gibt, die den einnahmenseitigen Teil bis zur Hälfte schätzen. Bis 2006 steigt das Defizit wieder in Richtung einem Prozentpunkt, teilweise durch Konjunktur- und Wachstumsprogramme, teilweise durch die Steuerreform 2005 und mit verursacht durch ein Nachlassen der Reform- und Sparbemühungen im Verwaltungsbereich. Das Defizit von 1% ist kleiner als im EU-Schnitt.

Zusammenfassend konnte die Budgetlage Österreichs, die 2000 ungünstiger war als im EU-Schnitt, bis 2006 so verändert werden, dass das Defizit kleiner als im EU-Schnitt liegt. Im Gegensatz zu den großen kontinentalen Ländern kam Österreich nie in die Nähe der „kritischen“ Grenze von 3%. Allerdings konnte auch das „Nulldefizit“ nicht gehalten werden, und ein ausgeglichener Haushalt ist auch 2006 (und 2007) – also in den besten Jahren des Konjunkturzyklus – nicht absehbar und somit für den „Schnitt des Konjunkturzyklus“ nicht erreichbar. Die Staatschuldenquote ist nur von 65,5% (2000) auf 62,1% (2006) zurückgegangen, und würden die steigenden Schulden von Asfinag und Bahn und die Vorbelastung durch den Eurofighter-Kauf dazugezählt, wäre die Quote praktisch stabil. Steuer- und Staatsausgabenquote sind näher dem europäischen Durchschnitt, aber noch immer höher.

Die Gesamtpolitik auf dieser hohen Aggregationsebene war also ein vorsichtiger schrittweiser Sanierungsprozess. Das Timing – der größte Reformschritt 2000/2001 – kann nur politisch erklärt werden, die restriktive Wirkung war in der Konjunkturabkühlungsphase 2001/2002 am größten. Allerdings wusste man damals auch nicht, dass eine fünf Jahre andauernde extreme Schwäche der deutschen und der westeuropäischen Konjunktur bevorstand. 2003 bis 2005 wurde versucht, der Schwäche durch Konjunktur- und Wachstumsprogramme und letztlich auch durch höhere Ausgaben für den Arbeitsmarkt entgegenzuwirken. Die Steuerreform 2005 erfolgte dann halb zugunsten der Senkung der Einkommensteuer und halb zur Senkung der KöSt. Schätzungen ergaben, dass die Steuerreform das Wachstum um 0,3% bis 0,4% gesteigert hat, wobei es leichter ist, den Effekt der Einkommensteuersenkung abzuschätzen. Die Schwelle, ab der Einkommensteuer zu zahlen ist, wurde deutlich hinaufgesetzt (auf ca. 14.000 €/Jahr). Die Einkommen knapp unter dieser Schwelle und die mittleren Einkommen wurden am stärksten entlastet, der Höchststeuersatz blieb gleich. Die

Körperschaftsteuereinnahmen sind offensichtlich 2005 und besonders 2006 durch höhere Gewinne und strafferen Vollzug eher gestiegen. Die Lohnnebenkosten wurden nicht entlastet und sind somit 2000 bis 2006 anteilig zu den Einkommen gestiegen.

Eine komplettere Wertung der Budgetpolitik muss in die Ausgabenkategorien hineingehen. Wir haben erwähnt, dass die Sozialausgaben trotz Pensionsreform und Kosteneinsparungen im Gesundheitssektor gestiegen sind. Deutlich gestiegen sind die öffentlichen und privaten Forschungsausgaben, die staatlichen Bildungsausgaben haben eher stagniert. In Relation zum BIP gibt Österreich 2006 weniger für Bildung aus als im Jahr 2000.

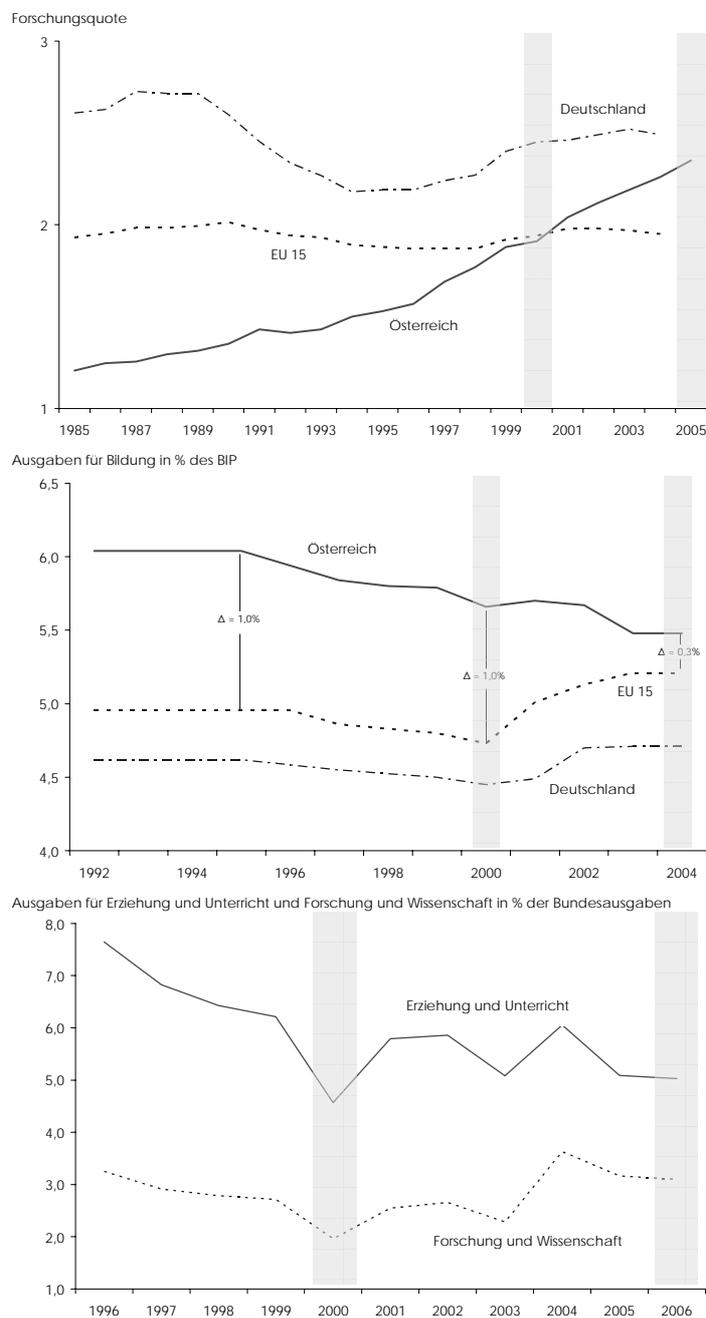
8. Größe des Veränderungsbedarfes in Österreich

Die Rahmenbedingungen des Wirtschaftens verändern sich mit großer Geschwindigkeit. Die Veränderungen sind im WIFO-Weißbuch dargestellt, vor allem die folgenden:

- technologische Veränderungen in Richtung Informationsgesellschaft,
- Dienstleistungen werden wichtiger als Sachgüter, Wissen wird der wichtigste Produktionsfaktor,
- Ausweitung des europäischen Raums in Erweiterungsländer und östliche Nachbarländer,
- steigende Einkommensunterschiede und höhere Bedeutung von Vermögen,
- Heterogenisierung von Bedürfnissen, Arbeitsformen, Ausbildung, Lebensstilen,
- steigende Migration bei gleichzeitiger Alterung der europäischen Länder,
- Ressourcenknappheit und Klimawandel

Diese Änderungen sind in der Regel und im Schnitt keine Verschlechterungen (mit Ausnahme der letztgenannten und nach meiner persönlichen Wertung auch die steigenden Einkommensunterschiede) sondern sogar Verbesserungen in Wohlfahrt und Wahlfreiheiten. Sie erfordern aber starke Begleitung durch die Wirtschaftspolitik. Politiken, die für eine stabile Kernfamilie mit Haupterwerb durch das „Familienoberhaupt“ („male bread winner model“) wirksam sind, gehen bei fluktuierenden, nicht formalisierten Beziehungen ins Leere. Politiken, die in der nationalen Wirtschaft möglich und wirksam sind, können in der globalisierten Wirtschaft verboten und noch öfter wirkungslos sein. Bei jeder Veränderung gibt es Gewinner und Verlierer, und Personen sind je nach Ausbildung, Herkunft und Geschichte unterschiedlich fähig, Veränderungen zu gestalten und Vorteile daraus zu ziehen.

Abbildung 6: Zukunftsausgaben



Q: WIFO; Eurostat; BMF.

Viele dieser Änderungen treffen Österreich in besonders hohem Ausmaß. Die nahe Globalisierung (Öffnung der Wirtschaftsbeziehungen zu den EU-Nachbarländern wie Türkei, Ukraine, Weißrussland etc.) öffnet für Österreich einen Wirtschaftsraum, der dynamischer ist als die USA. Allerdings sind auch in Entfernung von 500 km Personen bereit, zu einem Viertel des

österreichischen Lohnes zu arbeiten und zu produzieren. Dieser große Lohnunterschied erfordert, dass Österreich in die mittlere und höhere Technologie vorstößt, vom Produzenten zum Organisator und Gestalter des Wirtschaftsraumes wird. Von Österreich können nur Dinge produziert werden, die entweder standortgebunden oder qualitativ unterschiedlich von der Produktion in den Nachbarländern sind. Das Ausbildungssystem, das gut für den Aufholprozess Österreichs etwa im Vergleich zu Deutschland war, ist für eine globalere Führungsrolle nicht mehr geeignet. Personen mit zu wenig flexibler Ausbildung wurden bisher in Frühpension geschickt, ab 2015 benötigt sie Österreich mindestens bis zum offiziellen Pensionsalter. Die hohe Zuwanderung – die heute aus Arbeitsmarktsicht eher zu hoch ist – wird in der Zukunft bitter notwendig sein. Die heutige Unterauslastung des Arbeitskräftepotentials und die starke Zuwanderung erfordert, dass in den nächsten fünf bis zehn Jahren das Wachstum in Österreich in Richtung 3% geführt werden muss, um die Arbeitslosenquote zu senken. Längerfristig ist die Integration der Migrantinnen und Migranten in das Bildungssystem vorrangig, ebenso die Forcierung des High-Tech-Sektors in Österreich.

9. Strategie zur Hebung von Wachstum und Beschäftigung

Das prognostizierte mittelfristige Wachstumstempo in Österreich von 2,5% für die nächsten fünf Jahre reicht nicht aus, die Arbeitslosigkeit zu senken. Die Arbeitslosigkeit würde sich nach dem leichten Rückgang 2006/07 auf dem heutigen relativ hohen Niveau verfestigen.

Es gibt keine einzelne Maßnahme, auch kein Bündel von einigen wenigen Maßnahmen, um die Arbeitslosigkeit deutlich und dauerhaft zu senken. Auch eine intensive, aber kurzfristige wirtschaftspolitische Offensive ist nicht zu empfehlen, weil jede Maßnahme nur langsam wirkt und nach ihrem Auslaufen oft Gegenkräfte auftreten (z. B. Konsolidierungsbedarf). Nur eine langfristige Strategie mit einander gegenseitig verstärkenden Strategieelementen aus vielen Bereichen der Wirtschaftspolitik, unterstützt von gesellschaftlichem Konsens, kann Wachstum und Beschäftigung nachhaltig erhöhen.

Der wichtigste Hebel zu mehr Beschäftigung ist ein höheres Wirtschaftswachstum. Voraussetzung für die Wirksamkeit aller Reformen ist makroökonomische Stabilität und mikroökonomische Sicherheit. Die Reformen müssen inhaltlich aufeinander abgestimmt und sozial ausbalanciert sein. Dann, und nur dann kann die Bevölkerung die Chancen einer solchen Politik erkennen. Dann, und nur dann wird sie bereit sein, auf bestehende Rechte zu verzichten und Besitzstände aufzugeben, weil in der Zukunft bessere, nachhaltigere Einkommen und genügend Arbeitsplätze zu erwarten sind.

Das Weißbuch entwirft elf Strategielinien zur Erhöhung von Wachstum und Beschäftigung. Sie können in vier Gruppen unterteilt werden:

- Innovation, Ausbildung und Weiterbildung erhöhen den mittelfristigen Wachstumspfad;

- Infrastruktur, Technologien mit Doppelnutzen, Energie- und Umweltpolitik und ein wachstumsfördernder öffentlicher Sektor sind strategische Elemente mit hoher wirtschaftspolitischer Priorität.
- Eine ausbalancierte Flexibilisierung und eine neue Wettbewerbsgesinnung lockern Wachstumsbremsen.
- Die Genderstrategie und die Umwandlung von informeller Arbeit in Erwerbstätigkeit erweitern das Angebot, die Qualität und die Nachfrage am Arbeitsmarkt. Das Sozialsystem wird zu einer Produktivkraft umgestaltet. Es ermöglicht, die Chancen der neuen Herausforderungen zu ergreifen und wandelt Nachteile und temporäre Verluste in spätere Stärken um.

Die elf Strategielinien sind:

(1) Die **Innovationsstrategie** nimmt eine wichtige Neuorientierung vor. Das bestehende Innovationssystem war geeignet für den Aufholprozess Österreichs und seine Position als Technologienehmer. Die Position als reiches Land verlangt, dass Österreich einen Platz an der Technologiefrent einnimmt (Frontier Position) und Technologiegeber wird. Innovationen müssen tiefer und radikaler werden, riskantere Projekte umfassen, in Nischen des Hochtechnologie-sektors reichen. Forschung muss einen größeren Teil der Firmen umfassen, besonders auch KMU's, neu gegründete Firmen, Dienstleistungen.

(2) Das **Ausbildungs- und Weiterbildungssystem** wird radikal umgestaltet werden müssen. Es war für Tätigkeiten in stabilen Firmen, oft primär am Heimmarkt und für den Aufholprozess konstruiert. Die soziale Selektion muss reduziert werden. Das System muss horizontal und vertikal durchlässiger werden, Schwächen durch Förderung ausgleichen und Stärken zu Exzellenz ausbauen. Die berufliche Ausbildung muss moderne Berufe stärker forcieren, den Zugang zu Matura und Studium offen halten. Lebenslange Weiterbildung wird zur Norm, die Integration und Qualifikation von Migrantinnen und Migranten soll intensiviert werden (z. B. Nachholen von Schulabschluss, Teilnahme an Weiterbildung). Österreich muss attraktiv für qualifizierte Einwanderer werden.

(3) Die Lücken in der materiellen **Infrastruktur** sollen geschlossen werden, besonders jene in der Verkehrsinfrastruktur zu den Erweiterungsländern. Entscheidend für Wachstum und Beschäftigung wird aber immer mehr die immaterielle Infrastruktur (Engpassmanagement, Logistik). Die immaterielle Infrastruktur, Planungsleistungen, Optimierung von Netzen und Problemlösungen dominieren den Bedarf und ermöglichen den Export in Länder mit großem, ungestilltem Infrastrukturbedarf. Der Ersatz- und Reparaturbedarf kann und soll auch zur Qualitätsverbesserung genutzt werden.

(4) **Wettbewerb** fördert Innovation, Problemlösungen, Qualität von Produkten und Dienstleistungen. Eine stärkere Wettbewerbsgesinnung fördert Betriebsgründungen und unterstützt das Wachstum der kleinen Betriebe. Verringerte Verwaltungskosten, One-Stop-Lösungen, eine besondere Forschungsförderung für KMU's und moderne

Wettbewerbsbehörden ermöglichen höheres Beschäftigungswachstum bei kleinen und mittelgroßen Unternehmen.

(5) **Flexibilität** ermöglicht eine rasche Reaktion von Unternehmen auf neue Chancen und neue Probleme. Die Kosten der Flexibilität müssen dem Arbeitnehmer und der Arbeitnehmerin abgegolten werden mit ebenfalls größeren Wahlfreiheiten, höherer Bezahlung oder Weiterbildungsmöglichkeiten. Flexibilität kann die Sicherheit des Arbeitsplatzes erhöhen, bessere Ausbildung erhöht die Sicherheit, einen Job zu behalten oder einen neuen zu finden.

(6) Die hervorragende Kompetenz Österreichs in bestimmten **Technologien und Wirtschaftszweigen** kann Wachstum und Beschäftigung stützen. Im Tourismus können die Expansionschancen im Städte- und Kulturtourismus, im Wintersport, den erlebnisorientierten Kurzurlauben genutzt werden. „Creative industries“ bieten allein oder auch in Kombination mit Tourismus erhebliche Chancen. Medizintechnik, Tunnelbau, Telematik, Umwelt und altersgerechtes Bauen sind Beispiele für Technologien, wo Österreich einen First-Mover-Advantage besitzt. Er sollte für Problemlösungen im Inland und Know-How-Export genutzt werden.

(7) Innovative **Umwelt- und Energiepolitik** kann die Sicherheit der Energieversorgung gewährleisten, die Steigerung der Energieeffizienz, die Verringerung des Anteils der fossilen Energieträger und der Treibhausgase bewirken und Arbeitsplätze schaffen. Die gute Position bei der Umwelttechnologie, bei erneuerbaren Energieträgern und dem ökologischen Bauen kann für den Export genutzt werden und passt zum Image Österreichs, ebenso die anzustrebende Vorreiterrolle Österreichs in Energieeffizienz, bei neuen Energieträgern und in den Umweltstandards.

(8) Die **Überführung bisheriger Haushaltsjobs in den Marktsektor** ermöglicht ein breiteres, übersichtlicheres Angebot. Es können Größenvorteile genutzt werden (Dienstleistungen für mehrere Auftraggeber). Qualifikationen können definiert und verbessert werden. Die Tätigkeiten müssen – wenn sie außerhalb oder zusätzlich zur Familie erbracht werden und angemeldet sind – auch sozial abgesichert werden (Unfall-, Krankheitsrisiko, eigenständige Pension).

(9) Der Beitrag von Abgaben und Staatsausgaben zum Wirtschaftswachstum und zur Beschäftigung wird unter „**Qualität des öffentlichen Sektors**“ zusammengefasst. Der öffentliche Sektor kann seine Ausgaben und die Abgaben so gestalten, dass sie Beschäftigung fördern und negative externe Effekte reduzieren. Der Handlungsspielraum muss durch Umschichtungen in den bisherigen Ausgaben, durch Effizienzsteigerung und Verwaltungsreform geschaffen werden.

(10) Die Forcierung von **Chancengleichheit** ist nicht nur ein gesellschaftliches Postulat. Die Nutzung des Potentials der Frauen erhöht das Beschäftigungsangebot, die Effizienz der Wirtschaft und die gesamtwirtschaftliche Wohlfahrt. Diskriminierung bei Löhnen,

traditionsbedingte Unterschiede in Erwerbsbeteiligung und Ausbildung sind nicht nur ungerecht, sondern reduzieren Wachstum, Beschäftigung und Konkurrenzfähigkeit.

(11) Das **Sozialsystem** hat nicht nur eine absichernde Wirkung, sondern beeinflusst auch Gesundheit und Motivation der Bevölkerung. Mehr Sicherheit führt zu höherem Konsum und stetigen Investitionen und verbessert die Exportfähigkeit. Dazu muss sich ein System, das für eine geschlossene Wirtschaft und unter dem Kontext von Dauerarbeitsplätzen, stabilen Familienbeziehungen mit einem männlichen Familienerhalter und einer relativ kurzen Ruhestandsphase geschaffen wurde, an neue Rahmenbedingungen anpassen.

10. Zusammenfassung

Die Periode 2000 bis 2006 war eine Periode extrem schwachen Wachstums Europas, mit starken Veränderungen in der europäischen Wirtschaft, den Institutionen und der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung. Die österreichische Wirtschaft wuchs mit 1,7% pro Jahr exakt im Durchschnitt der EU 15. Dies ist etwas höher als im Euro-Raum (wo die rascher wachsende englische, dänische und schwedische Wirtschaft nicht vertreten sind), fast doppelt so stark wie in Deutschland, Italien und der Schweiz. Österreich profitierte vom raschen Wachstum der ost- und südosteuropäischen Länder.

Der Wachstumsvorsprung, der Österreich in die Gruppe der reichsten europäischen Länder und im Pro-Kopf-Einkommen unter die Top-10 der Industrienationen gebracht hat, ist für die Gesamtperiode nicht gegeben. Das Wachstum lag 2001 und 2002 – nicht zuletzt durch die Bemühungen zur Budgetsanierung („Nulldefizit“) – unter der EU 15. In den letzten drei Jahren wächst die Wirtschaft etwas stärker als im EU-Schnitt, und auch die Prognosen für 2007 und 2008 liegen wieder darüber. Im Vergleich zum Euro-Raum liegt das Wachstum nun schon wieder vier Jahre überdurchschnittlich, mit einem Vorsprung von zwei Prozentpunkten (kumuliert über die Jahre 2003 bis 2006). Die Netto-Realeinkommen pro Beschäftigten steigen nur um 0,2%. Dies war allerdings auch in den neunziger Jahren so gewesen (in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre waren sie sogar zurückgegangen). Der Konsum steigt nur um 1,3% pro Jahr, verglichen mit 2,1% im Schnitt der neunziger Jahre.

Beschäftigungsquoten und Arbeitslosenquoten liegen in Österreich günstiger als in der EU, nähern sich aber tendenziell und auch in der Periode 2000 bis 2006 dem europäischen Schnitt. Die Arbeitslosenquote nach EU-Definition steigt von 3,6% auf 5,0%, der „Vorsprung“ Österreichs schrumpft von 4,1% auf 2,5% (1990 war er 4,9% gewesen). Nach nationaler Definition steigt die Arbeitslosenquote von 5,4% auf 6,8% (Höhepunkt war die Quote von 7,2% im Jahr 1998). Die Beschäftigungsquote sinkt geringfügig (von 60,6% 2000 auf 60,4% 2006), der Vorsprung gegen die EU 15 sinkt von 4,6 Prozentpunkten auf 2,8 Prozentpunkte. Bei der Beschäftigungsquote wird parallel zum Wachstum der Rückgang am Beginn der Periode durch steigende Raten seit 2005 wettgemacht. Ein erheblicher Teil des Beschäftigtenzuwachses sind Teilzeitarbeitsplätze – ihr Anteil liegt jetzt höher als im EU-Schnitt

(nicht jener der flexiblen Arbeitsverhältnisse insgesamt, da es in Österreich weniger befristete Arbeitsverhältnisse gibt). Hoher Angebotszuwachs (besonders in den letzten Jahren), hohe Produktivität in der Industrie und der Verlust des Wachstumsvorsprunges erklären die Annäherung Österreichs an den internationalen Schnitt.

Die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs hat sich verbessert. Die Arbeitskosten steigen geringer als bei den Wettbewerbern in der EU 15, die Körperschaftssteuer wurde gesenkt. Die Gesamtabgabenbelastung ist niedriger als 2000. Bei den Zukunftsfaktoren ist im Forschungsbereich ein Sprung nach vorne gelungen, im Bildungsbereich fällt Österreich relativ zurück (wobei es in vielen Bereichen hohe Pro-Kopf-Ausgaben gegeben hatte). Lange schwelende Schwächen werden durch die neue Konkurrenzlage wichtiger, organisatorische Verbesserungen im Schul- und Universitätsbereich greifen noch nicht oder sind durch finanzielle Engpässe verzögert. Das Handelsbilanzdefizit ist eliminiert, österreichische Firmen werden zu wichtigen Spielern in der europäischen Erweiterung, Exporte werden höherwertiger und können auch in Übersee abgesetzt werden.

Die Lohnquote sinkt seit 1987 und auch in der Periode 2000 bis 2006. Die Schere zwischen hohen und niedrigen Einkommen nach Personen steigt zwischen 1990 und 2000, teilweise aber nicht vollständig durch Teilzeitarbeit bedingt. Daten sind dann noch bis 2003 verfügbar, zeigen aber keinen Trend. Die Unterschiede sind geringer, wenn Steuern und Transfers berücksichtigt werden. Nach Haushalten ist keine Vergrößerung der Einkommensunterschiede belegbar, sondern in den neunziger Jahren eher eine Konvergenz (weil pro Haushalt die Zahl der Einkommensbezieher steigt). Wahrscheinlich steigt aber die Ungleichheit an den extremen Enden der Skala. Insgesamt ist die Datenlage und Aktualität ungenügend. Armutquoten sind stabil und niedriger als im EU-Schnitt, aber sicher hoch im Verhältnis zum hohen Pro-Kopf-Einkommen in Österreich.

Das Budgetdefizit (Gesamtstaat) lag 2000 bei 1,6%, in diesem Konjunkturjahr hatte die EU 15 (und auch Deutschland) einen Überschuss. Das Defizit wurde dann durch Einsparungen und Steuererhöhungen reduziert, liegt heute u. a. durch Steuerreform und Wachstumspakete sowie verzögerte Verwaltungsreform wieder bei einem Prozentpunkt. Österreich kam nie nahe die 3%-Schwelle, aber ein ausgeglichenes Budget über einen Konjunkturzyklus ist nicht in Reichweite. Die ausgewiesene Staatsschuldenquote ist leicht gesunken und liegt heute unter dem EU-Schnitt. Steuerquote und die Staatsausgabenquote sind niedriger als 2000, aber – bei verringerter Differenz – höher als in der EU 15.

Eine Strategie zur Erhöhung der Beschäftigung erfordert ein höheres Wachstum. Das WIFO-Weißbuch schlägt dafür – eingebettet in eine wachstumsorientierte Fiskal- und Geldpolitik – vor, erstens die Zukunftsinvestitionen zu erhöhen, zweitens Infrastruktur, Technologien mit Doppelnutzen zu forcieren und das Steuer- und Abgabensystem beschäftigungsfreundlicher zu gestalten, drittens Wachstumsbremsen zu lockern (mehr Wettbewerb und Flexibilität mit Absicherung) und viertens das Sozialsystem als Produktivkraft zu nutzen (Genderstrategie, Umwandlung informeller Arbeit in Erwerbsarbeit, „Fördern und Fordern“). Diese Strategie kann

und muss auf der Situation 2006 aufbauen, aber sich an den radikalen neuen Anforderungen einer sich rasch verändernden Umwelt orientieren.

Literaturhinweise

- Aiginger, K., Tichy, G., Walterskirchen, E., WIFO-Weißbuch: Mehr Beschäftigung durch Wachstum auf Basis von Innovation und Qualifikation
- Aiginger, K., "The Three Tier Strategy Followed by Successful European Countries in the 1990s", *International Review of Applied Economics*, Vol. 18(4), 2004, pp. 399-422.
- Aiginger, K., Guger, A., The European Socio-Economic Model, Differences to the USA and Changes Over Time, in Giddens, A., Liddle, R., Diamond, P. (eds.), *Global Europe, Social Europe*, Polity Press, Cambridge, United Kingdom, 2006, pp. 124-150.
- Guger, A., Marterbauer, M., Langfristige Tendenzen der Einkommensverteilung in Österreich, *WIFO-Monatsberichte* 9/2005.
- Guger, A., Marterbauer, M., Die langfristige Entwicklung der Einkommensverteilung in Österreich, *WIFO-Monographie*, 2004.
- Sapir, A., Aghion, Ph., Bertola, G., Hellwig, M., Pisani-Ferry, J., Rosati, D., Vinals, J., Wallace, H., *An Agenda for a Growing Europe: Sapir Report*, Oxford University Press, Oxford, 2004.
- Tichy, G., „Die 'Neue Unsicherheit' als Ursache der europäischen Wachstumsschwäche, *Perspektiven der Wirtschaftspolitik*", Bd. 6(3), 2005, S. 385-407